



GRÜNE DEALS

Wer bezahlt und wer kassiert?

Nach der „Großen Transformation“ ist ein weiterer Begriff aus der Motteboxe politischer Schlagworte aufgetaucht: der New Deal, gerne und modern natürlich in grün, dafür aber nicht mehr ganz so new. Die Neuverteilung der Karten in den USA der Großen Depression war ein wirklich transformatives Programm. Darauf beziehen sich Wahlkämpferinnen und Präsidentschaftskandidaten in den USA heute mit ihren Konzepten eines Green New Deal, also eines sozialen und ökologischen Reformprogramms.

In der Europäischen Union (EU) der von der Leyen-Kommission ist der Begriff und das mit ihm Gemeinte dagegen zu einer Floskel für die Fortsetzung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik geworden. Zur Legitimation dienen diesmal vordergründig Klima- und Umweltschutz, aber auch den Wachstumsfetischisten werden Angebote gemacht. In dieser Form wird der Green Deal aber nicht für den

nötigen gesellschaftlichen Konsens sorgen, der nötig ist, soll ein klimagerechter Umbau unserer Produktions- und Konsumweisen gelingen.

Es war Franklin D. Roosevelt, US-Präsident von 1933 bis 1945, der den Begriff „New Deal“ geprägt hat. Wörtlich bedeutet der Begriff die „Neuverteilung der Karten“. Gemeint war eine Serie von Wirtschafts- und Sozialreformen, mit der die US-Bundesregierung



Robert Anasch/Unsplash

zent Erneuerbaren, Energiesparen vor allem durch Gebäudesanierung, eine Ökologisierung der Landwirtschaft, den massiven Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und anderer Zukunftsinfrastrukturen. Gekoppelt wird das mit einer Beschäftigungsgarantie und breiten Lohnsteigerungen im Niedriglohnssektor, der Schaffung neuer und guter Arbeitsplätze vor allem im öffentlichen Sektor und im Mittelstand, dem Aufbau eines Sozialstaats europäischer Prägung, mit regionaler Entwicklung und Wertschöpfungskreisläufen und einem entsprechenden wirksamen Außenschutz, sprich: weniger Globalisierung. Es geht um den Umbau der gesamten Wirtschaft – um sie gleichzeitig ökologisch nachhaltiger und sozial gerechter zu machen. Das sind für Sanders und Ocasio-Cortez die beiden Kernaufgaben unserer Zeit.

„Aber wer soll das bezahlen?“ – eine Frage, die immer nur gestellt wird, wenn es um progressive Ideen geht. Die Federal Reserve, die Europäische Zentralbank (EZB) und andere schaffen jeden Tag Milliarden aus dem Nichts und finanzieren damit alles Mögliche, Staatsschulden, Kredite und so weiter. Im Endeffekt machen sie damit nur diejenigen noch reicher, die ohnehin reich sind.

Es wird Zeit, dass mit dieser Geldschöpfung etwas Sinnvolleres gemacht wird. Genau das planen Sanders, Ocasio-Cortez & Co. Die immense Geldschöpfung der Zentralbanken soll nicht mehr der Ausweitung privater Vermögen dienen, sondern öffentlichen Zwecken und dem Gemeinwohl. Dass das auch über das übliche Maß hinaus möglich ist, haben das sogenannte Quantitative Easing – also die Stützung der Wirtschaft durch Anleiheaufkäufe im großen Stil – und die gegenwärtigen Reaktionen der EZB, der Fed und der japanischen Zentralbank auf die Effekte der Corona-Krise gezeigt. De facto arbeitet Japan mit seiner horrenden Staatsverschuldung schon seit Jahrzehnten so, wobei die Hauptschuldnerin des japanischen Staates seine eigene Zentralbank ist, so dass diese Schulden eigentlich nur theoretischer Natur sind.

Wenn also die Geldschöpfung der Zentralbanken für die Finanzierung von Staatsaufgaben wie dem GND herangezogen wird, geht es eigentlich spätestens seit der Finanzkrise 2008 nicht mehr so sehr darum, ob man das macht, sondern darum, wer die Nutznießer sind.

Der Green Deal der EU-Kommission

Anders sehen die Verhältnisse in Europa aus. Mit großem Tamtam hat die neue EU-Kommission verkündet, sie wolle einen „European Green Deal“ anschieben. Nein, keinen „Green New Deal“, nur ein „Green Deal“. Das macht zwar begrifflich gar keinen Sinn, aber auch der Name ist Programm.

Es soll Europas „Man on the Moon“-Projekt werden. Bis 2050 soll die EU klimaneutral und „giftfrei“ werden. Bis 2030 sollen mit einem Investitionspaket von einer Billion Euro die Treibhausgasemissionen statt bisher um 40 nun um 50-55 Prozent reduziert

massiv in die Wirtschaft eingriff, ein großangelegtes öffentliches Investitionsprogramm startete und den Grundstein des amerikanischen Sozialstaates legte.

Der Green New Deal in den USA

An diese Tradition anknüpfend geistert der Begriff eines „Green New Deal“ schon länger durch die Welt als einer der vielen Begriffe, mit dem die vielbeschworene „ökologisch-soziale Transformation“ vorangebracht werden soll. Progressive Politiker in den USA, allen voran Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez, machten den Green New Deal (GND) 2019 zu einem Kampagnenbegriff. Im Wahlkampf von Bernie Sanders, aber auch der vielen progressiven Kandidatinnen und Kandidaten für den Kongress und andere Ämter, spielt der GND eine zentrale Rolle.

Im Wesentlichen geht es – ganz in der Tradition Roosevelts – um ein massives öffentliches Investitionsprogramm für die Energiewende hin zu 100 Pro-

werden. Die Rate der Gebäudesanierung soll verdoppelt werden. Ein Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft, eine neue Biodiversitätsstrategie und eine neue Landwirtschaftsstrategie sollen vorgelegt werden. Bis 2025 sollen eine Million Ladesäulen für Elektroautos aufgestellt werden. Man erwägt eine CO₂-Grenzausgleichsabgabe, wenn durch den Green Deal Wettbewerbsnachteile für EU-Industrien entstehen sollten.

Mit einem vorgeschlagenen Budget von 100 Milliarden Euro für die nächsten sieben Jahre (2021-2027) soll das Forschungs- und Innovationsprogramm ‚Horizon Europe‘ ebenfalls zum Green Deal beitragen. 35 Prozent der EU-Forschungsförderung werden künftig für klimafreundliche Technologien bereitgestellt. Darauf hatte sich die EU allerdings bereits geeinigt.

Damit „niemand im Stich gelassen“ wird, will die Kommission einen „Just Transition“-Mechanismus für eine gerechte Energiewende einrichten. So würden Regionen unterstützt, die aktuell am meisten von fossilen Brennstoffen und der Kohleförderung abhängig sind. „Wir haben das Ziel, 100 Milliarden Euro zu mobilisieren, die genau auf die am stärksten gefährdeten Regionen und Sektoren ausgerichtet sind“, sagte von der Leyen bei der Vorstellung des Green Deal.

Diese 100 Milliarden Euro sollen über drei Säulen generiert werden: Einen Fonds für die gerechte Energiewende, der 7,5 Milliarden aus dem Budget für die EU-Regionalentwicklung erhalten soll und damit 30-50 Milliarden Investitionen hebeln soll; ein aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) generiertes InvestEU-Programm soll 45 Milliarden Investitionen anschieben; mit weiteren EIB-Krediten aus dem Eigenkapital der Bank sollen 25-30 Milliarden Investitionen auf den Weg gebracht werden. Also werden tatsächlich nur 7,5 Milliarden öffentliche Mittel bereitgestellt. Diese sind aber nicht zusätzlich, sondern kommen aus der Regionalförderung, werden also faktisch von anderen strukturschwachen Regionen bezahlt.

„Man on the Moon“ aus der Portokasse?

Insgesamt setzt sich die Billion für den Green Deal bis 2030 zusammen aus etwa 500 Milliarden aus dem EU-Haushalt, etwa 250 Milliarden an Krediten der EIB, 110 Milliarden Ko-Finanzierung aus den Mitgliedsstaaten, den Rest sollen Privatinvestoren beisteuern. Diese Rechnung hat viele Unbekannte: Es ist unklar, wie viel Geld die EU-Staaten der Kommission tatsächlich zusagen. Schon im vergangenen Haushalt 2013-2020 wollte die EU 20 Prozent für das Klima ausgeben. Dafür wird auch mit Buchungstricks gearbeitet: 40 Prozent der Direktzahlungen an Bauern gelten pauschal als Beiträge zum Umweltschutz, obwohl die heutige Landwirtschaft eine große Treibhausgas-Verursacherin ist. Insgesamt will die Kommission den Umbau zu einer Öko-Volkswirtschaft praktisch ohne frisches Geld schaffen. Auch die EIB-Kredite sind keine zusätzlichen Mittel. Das dürfte wohl das erste „Man on the Moon“-Projekt sein, das quasi aus der Portokasse finanziert wird.

Die Kommissions-Mitteilung zum Green Deal sagt klar, dass sich an den Rahmenbedingungen der heutigen Finanzpolitik nichts ändern wird. Dass die Prämissen von Austerität und Schwarzer Null nicht in Frage gestellt werden, ist so selbstverständlich, dass die Kommission es nicht einmal ausdrücklich erwähnt. Primär geht es um etwas Anderes: Das vorhandene öffentliche Geld wird mit dem Ziel investiert, „to create an enabling framework for private investors“.¹ Für die Bankenrettung 2009-2013 gaben die EU-Regierungen 1,6 Billionen öffentliches Geld aus, für die Klimarettung geht das natürlich nicht.

O-Ton Kommissionsmitteilung: „Um das mit dem europäischen Grünen Deal gesteckte Ziel zu erreichen, muss eine erhebliche Investitionslücke geschlossen werden. [...] Der Privatsektor wird bei der Finanzierung der grünen Wende jedoch eine Schlüsselrolle spielen. Langfristige Signale sind erforderlich, um Finanz- und Kapitalströme auf grüne Investitionen zu lenken und verlorene Vermögenswerte zu vermeiden.“²

Man sollte die Konsequenzen dieses Ansatzes nicht unterschätzen. Die Kommission erklärt, mit dem öffentlichen Geld werde privates Kapital für den Klimaschutz mobilisiert, man spare also knappes öffentliches Geld. So schön das klingt – das private Kapital bekommt man aber nicht geschenkt. In der Realität führt dies zwangsläufig dazu, dass durch diesen Ansatz das öffentliche Geld derselben Logik unterworfen wird wie das Privatkapital: Die Projekte müssen Rendite für die Investoren erwirtschaften, mit dem öffentlichen Geld wird vor allem das Investitionsrisiko minimiert. Die Rendite landet beim Investor, das Risiko nimmt ihm die öffentliche Hand kostenlos (wenigstens teilweise) ab. Die globale Finanzindustrie bekommt ihre „Just Transition“, soviel ist jedenfalls sicher.

Wenn man von vornherein darauf setzt, dass ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr oder energetisch sanierte Wohnungen oder der Schutz der Biodiversität Anlageobjekte sind, die Rendite für Investoren zu erbringen haben, dann verändert man weit mehr als nur eine Finanzierungsform. Man verändert überhaupt das Verständnis davon, was Politik ist. Es ist die Perfektionierung der „marktkonformen Demokratie“. Die EU-Regierungen und ihre Kommission sind schon seit Jahren dabei, diesen Marktfundamentalismus voranzutreiben, bis hin zu Verfassungsänderungen etwa zur Privatisierung des Autobahnbetriebs.

Genau der gleichen Ideologie folgt von der Leyens Green Deal. Nach der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen wird der Anlagennotstand auch in Europa nun dadurch behoben, dass man sogar umfassende politische Programme wie den Green Deal davon abhängig macht, dass sie genug Rendite für Investoren abwerfen.

Die Alternativen sind klar

Die Unterschiede zwischen dem amerikanischen Green New Deal von Sanders und Ocasio-Cortez ei-

TINA

There is no alternative. Maggie Thatchers Wahlspruch für ihre neoliberale Revolution. Lange dachten wir, es war Maggies ultimativer Triumph, als die vormalige Opposition ihre Politik übernahm und es keine Rolle mehr spielte, wer eigentlich regierte. Sie machten sowieso alle dieselbe Politik.

Über dieses Stadium sind wir in Europa inzwischen hinaus. Es ist Maggies ultimativer Triumph, wenn es Politik und Medien und organisierte Verbände-Zivilgesellschaft gar nicht mehr interessiert, ob es überhaupt Alternativen gibt. Wenn sie den Marktfundamentalismus, den Neoliberalismus, die Orientierung der Politik an den Interessen der globalen Investorenklasse so verinnerlicht haben, dass sie sich gar nichts anderes mehr vorstellen können.

Die latent apokalyptische Mentalität weiter Teile der Klima-Szene, das Mantra „Es gibt nichts wichtigeres als das Klima“, führt in der Konsequenz genau dazu. Aber wen es nicht mehr interessiert, wer eigentlich für die Klimapolitik bezahlen soll, der verspielt leider auch genau das, was er für die Durchsetzung ambitionierter Klima-Ziele braucht: gesellschaftliche Mehrheiten jenseits der eigenen Echokammer.

nerseits und dem europäischen Green Deal der Kommission könnten klarer nicht sein:

Entweder wird die Transformation zur Klimaneutralität als öffentliche Aufgabe verstanden, die mit öffentlichen Mitteln organisiert wird und die keine Finanzrendite für Investoren abzuwerfen hat. Dafür wird die Geldschöpfung der Zentralbank herangezogen und nur diejenigen stärker besteuert, die in 40 Jahren Neoliberalismus reicher geworden sind. Man kann den Anlagenotstand vieler Anleger auch dadurch beheben, dass sie nicht mehr so viel anzulegen haben. Außer der Finanzoligarchie, die das ganze Projekt direkt und indirekt zu bezahlen hat, profitieren alle davon, vor allem arbeitende Menschen. Kurzum: Klimaschutz und Überwindung des Neoliberalismus als gemeinsames Projekt. In den USA erweist sich das zurzeit als zunehmend populäre Idee.

Oder man versteht die Transformation zur Klimaneutralität als technokratisches Geschäftsmodell, als neue Anlagemöglichkeit für renditesuchende Investoren, bei der der Staat lediglich günstige Rahmenbedingungen setzt, ansonsten die Dogmen von Schwarzer Null und Austerität hochhält und möglichst wenig öffentliches Geld aufgewendet wird. In diesem Modell bezahlen arbeitende Menschen die Transformation. Sie haben für die erforderlichen Renditen der Klimaschutz-Anleger zu sorgen. Die weltweiten Anleger bekommen diese Renditen, nachdem sie jahrzehntelang gut mit ihren Investitionen in die fossile Wirtschaft verdient haben. Mit öffentlichem

Geld wird ihr Investitionsrisiko vermindert. Sie wird auch für gestrandete Investitionen wie etwa vorzeitig stillgelegte Kohlekraftwerke noch entschädigt; aus Steuermitteln wohlgeerntet, zu denen sie selbst immer weniger beiträgt. Kurzum: Klimaschutz als grüne Fortsetzung des Neoliberalismus, der die Reichen reicher macht auf Kosten aller anderen.

Gesellschaftliche Mehrheiten für ein großes Projekt – man muss es nicht „Man on the Moon“ nennen – schafft man nur, wenn breite Mehrheiten davon etwas haben. Mit Verzichtsappellen gewinnt man nichts, wenn sich gleichzeitig die Reichen weiter bereichern. Mit einer Politik von Mittelschichten für obere Mittelschichten kann man nur scheitern. Ein CO₂-Preis, der alle gleichmäßig belastet, die Millionärin genauso wie den Krankenpfleger, belastet eben nicht alle gleich. Die Transformation kann zu einem Projekt werden, auseinanderdriftende Gesellschaften wieder zusammenzubringen, wenn sie damit auch ökonomisch und psychologisch wieder zusammenkommen. Und das bedeutet nichts weniger als: Nach 30 Jahren Umverteilung von unten nach oben läuft es jetzt wieder andersrum. Die Transformation sollten diejenigen bezahlen, die in 30 Jahren Neoliberalismus reicher geworden sind, und eben nicht „wir alle“. Das war Roosevelts „New Deal“.



Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung

- 1 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_24.
- 2 Europäische Kommission (2019): Der europäische Grüne Deal. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. COM, 640 final. S. 18ff. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_de.pdf.

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

1/2020



VERMARKTETE MEERE

WER VERDIENT AN DER ZERSTÖRUNG DER OZEANE?

FOLLOW THE PLASTIC MONEY!

Wer profitiert von der
Verschmutzung der Meere?
› Seite 2

ZERSTÖRERISCHE FISCHEREI

Warum schaffen wir es nicht,
die Überfischung zu beenden?
› Seite 12

EIN TECHNOFIX FÜR DAS KLIMA?

Die Interessen hinter dem
Geoengineering im Meer
› Seite 23

SEEMANN, LASS DAS TRÄUMEN!

Das Meer als Arbeitsplatz
› Seite 26

ISSN 1864-0982